

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler Geislingen zum Haushalt 2023 und zum Finanzplan 2022-2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dehmer,
sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,

trotz düsterer welt- und kommunalpolitischer Aussichten will ich unsere Ausführungen mit einem Lichtblick in Geislingen beginnen. Es geht dabei um etwas, bei dem man sich förmlich im Kreise dreht, nämlich unseren neuen Kreisverkehr am Eingang zum Katzenloch. Bei Planung und Bau waren die Verantwortlichen einigem Hohn und Spott und vielen Leserbriefen ausgesetzt. Aber es hat sich gelohnt. Schon mehrfach wurde ich aus der Bevölkerung angesprochen, dass dieser Kreisverkehr eine reine Wonne ist. Man gleitet harmonisch um die Trockenbepflanzung und nur selten muss man hier anhalten, wo vorher das unbarmherzige rote Ampelsignal trotz fehlenden Verkehrs die Geduld strapazierte. Und am Ganzen hat noch der Landkreis zwei Drittel bezahlt. Fazit: Durchhalten und erst das Ergebnis bewerten, lohnt sich also allemal. Leider sieht es allerdings so aus, als würden wir uns bei den Haushaltsberatungen auch im Kreise drehen. Unsere gemeinsame Haushaltskonsolidierung von 2020 ist noch nicht ganz ausgestanden, da liegt schon der nächste Haushaltsentwurf mit viel Diskussionsbedarf vor. Unser Kämmerer Herr Kah berichtet, dass der Haushaltsplanentwurf 2023 eine knifflige Sache war und viele notwendige Konsolidierungsschritte bereits intern durchgeführt wurden. Diese Vorarbeit war wohl auch der Grund für die erst jetzige, späte Durchführung des ganzen Procederes in der Öffentlichkeit. Zwei Dinge folgern wir aus diesem Vorgehen:

- Erstens danken wir der Verwaltung, dass sie mögliche Einsparungen im Ergebnishaushalt bereits intern eruiert und eingebracht hat. Dies erspart uns die wie 2020 über viele Sitzungen und zahlreiche Arbeitsstunden gehende Konsolidierung im Gemeinderat, die im Übrigen Einsparungen bis in dieses Jahr 2023 beinhaltete. Intern wurden allen Fachbereichen im Durchschnitt Einsparungen von 2,5 % abgerungen. In Anbetracht vieler nicht beeinflussbaren Kostenpunkte ist das sehr viel, nämlich in der Summe 1,3 Mio. €. Mit solchen Maßnahmen konnte aus einem Minus von 1,2 Mio. € ein kleines Plus von 300.000 € für das Jahr 2023 dargestellt werden.
- Zweitens ist das ein Fingerzeig, dass kaum Spielraum für finanziell relevante Anträge vorhanden ist und wir uns darauf konzentrieren müssen, das Beste aus dem bestehenden engen Finanzrahmen zu machen.

Es liegen auch noch einige Unwägbarkeiten vor uns:

- Beginnen möchte ich hier mit dem völlig unsinnigen und unnötigen Überfall von Russland auf die Ukraine vor fast genau einem Jahr - neun Tage fehlen noch zu diesem traurigen Jubiläum. Dieser Krieg hat sehr viel Leid über unschuldige Zivilisten und Soldaten gebracht. Über Tod, Verletzung, Obdachlosigkeit oder Flucht lässt sich nur spekulieren, aber es betrifft sicher Millionen von Menschen. Der

Verlust von Hab und Gut und die Zerstörung der Infrastruktur haben ein Ausmaß angenommen, das man sich heutzutage in Europa nicht mehr vorstellen konnte. Solche Zeiten schienen überwunden. Dagegen sind unsere haushaltspolitischen Probleme vielleicht Peanuts, aber sie werden halt auch durch diesen Krieg beeinflusst. Ein paar Beispiele für die Auswirkungen auf unseren Haushalt sind:

- Die immense Inflation zieht Lohnkostensteigerungen nach sich, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten nicht kannten.
 - Explodierende Energiekosten wirken sich zwangsläufig auch auf unsere städtischen Ausgaben aus.
 - Die EVF, an der wir mittelbar beteiligt sind, wird vom Goldesel zur Geldsenke.
 - Höhere Baukosten lassen bei gleichen monetären Planansätzen die möglichen Bauvolumen deutlich schrumpfen.
 - Die Beschaffung von Notversorgungseinrichtungen ist ein ganz neuer Posten im städtischen Haushalt.
 - Nicht zuletzt muss man auch um die Steuereinnahmen bangen, wenn es unseren Unternehmen schlechter geht.
 - Die mit dem Krieg einhergehende Flüchtlingswelle aus der Ukraine belastet auch alle Kommunen. Wohnraum muss zur Verfügung gestellt werden. Die sowieso angespannte, ärztliche Versorgung kommt an ihre Grenzen und die bislang schon ausgelastete Infrastruktur im Bildungswesen droht vollends zu kapitulieren.
- Die beschriebenen Unwägbarkeiten bei den Energiekosten lassen bei uns den Gedanken wieder aufkeimen, ob es nicht an der Zeit wäre, die Straßenbeleuchtung konsequent auf LED umzustellen. Bei den steigenden Strompreisen verkürzen sich entsprechende Amortisationszeiten und eine Kreditaufnahme scheint zunehmend gerechtfertigt. Das Einsparpotential liegt nach Aussage der Tübinger Stadtwerke bei 90 %. Im besten Fall kann die Beleuchtung nutzungsgesteuert ausgelegt werden. Dabei leuchten nur die Lampen, wo sich jemand aufhält. Über Funk werden die Folgelampen gleich mit aktiviert. Das wäre ein guter Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und würde die klimaneutrale Stadt Geislingen fördern. Deshalb stellen wir den **Antrag 1**, Untersuchungen anzustellen, was eine flächendeckende Umstellung der Straßenbeleuchtung kosten würde und wie lange bei den aktuellen Stromkosten die Amortisationszeit wäre. Die beiden Alternativen „Austausches der Leuchtmittel“ oder „Ersatz der ganzen Lampen“ sind gegenüberzustellen. Aktuell mögliche Zuschüsse sind zu prüfen.
 - Die Personalsituation bei der Stadt Geislingen ist ein weiterer Knackpunkt. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in einer ausführlichen Untersuchung festgestellt, dass wir in Geislingen im Vergleich zu anderen Kommunen einen viel zu geringen Personalschlüssel haben. Gefühlt hat man das schon lange, aber nun stand es unangreifbar schwarz auf weiß. Gerne sind wir vom Gemeinderat den Empfehlungen der GPA und der Verwaltung gefolgt und haben einige zusätzliche Stellen ge-

schaffen, um die Überlastung der städtischen Angestellten einzudämmen. Allerdings führt dies natürlich dauerhaft zu erhöhten Personalkosten. Bei der Aufstockung liegt der Betrag bei ca. 1,5 Mio. €, die den Haushalt in jedem Folgejahr zusätzlich belasten. Bei der anhaltend hohen Inflation ist zudem mit jährlichen Steigerungen von schätzungsweise 4 % zu rechnen.

- Der geforderte Ausbau der Kindertagesstätten und der Ganztageschule ist eine Vorgabe von oben, der man sich nicht widersetzen kann, auch wenn hier leider nicht umfassend gilt: wer bestellt, der bezahlt auch.
- In der Schullandschaft liegen besonders große finanzielle Risiken in naher Zukunft:
 - Zunächst geht es einmal um die Auseinandersetzung mit den Umlandgemeinden über deren Beteiligung an den Sanierungskosten unserer weiterführenden Schulen. Ein ganz frisches, richterliches Urteil dazu liegt nun vor: sie müssen sich beteiligen. In diesem Themenkreis würde uns auch interessieren, wie viel Geld die Stadt Geislingen aktuell für die Verköstigung der Schüler aus den Umlandgemeinden aufwendet. Wir bitten hier um eine Aktualisierung der Daten, die uns im Gemeinderat vor ca. zwei Jahren vorgestellt wurden mit dem Ausweis der auswärtigen Schüler. **Antrag 2.**
 - Während jetzt noch um Details über die Beteiligung bei der erfolgten Sanierung der Daniel-Straub-Realschule gefeilscht wird, stehen zwei große weitere Brocken im Raum, die wir ohne Umland nicht stemmen können: die seit langem notwendige Erweiterung des Helfensteingymnasiums und die erneute Sanierung des Michelberggymnasiums, ohne die das Gebäude keine Zukunftschance hat. Bezeichnend für den Haushaltsentwurf ist, dass wir bei diesen großen Vorhaben nur in der Lage sind, Planungskosten in den Haushalt einzustellen. Bei den dann notwendigen Investitionen kann man eigentlich nur den Sand in den Kopf stecken, um unseren Rekordnationalfußballer Lothar Matthäus zu zitieren. Hoffen wir, dass auch das Land ein Herz für die vielfältige Schullandschaft in Geislingen hat.

All diese Unwägbarkeiten machen den akribisch aufgestellten Haushaltsplan zur Büchse der Pandora. Auf 642 Seiten sind Planzahlen erfasst, deren Eintreten zunehmend unkalkulierbarer wird. Trotzdem an dieser Stelle einen herzlichen Dank an Herr Kah und sein Team, aller voran Frau Dreher, für diese aufwändige Arbeit.

Herr Kah weist an einer Stelle drauf hin, dass die Grund- und Gewerbesteuern die einzigen Instrumente sind, die Einnahmen der Stadt zu beeinflussen. Wir wollen ihn in seiner dabei gemachten Vermutung bestätigen, dass wir an dieser Stellschraube nicht beabsichtigen zu drehen, um nicht die sowieso aus mehreren Gründen in Schwierigkeiten befindliche Wirtschaft weiter zu schwächen.

Bei der Durchsicht der Unterlagen sind wir auf einige Punkte gestoßen, die bei uns weiteren Klärungsbedarf hervorrufen:

1. Es wird über eine mögliche **Generalsanierung der Stadtbadturnhalle** berichtet. Hier wüssten wir gerne, was man sich darunter vorstellen kann. Wir fragen uns, ob es zweckmäßig ist, in so ein marodes Gebäude noch Geld zu investieren. Vielmehr sehen wir die Notwendigkeit, im Bereich des hoffentlich bald erweiterten Helfensteingymnasiums eine moderne Sporthalle zu errichten.
2. Ein weiterer Punkt, der uns aufstößt, lautet: **Beseitigen von Schäden am Radweg nach Amstetten**, beziffert mit 425.000 €. Da es sich wohl um handwerkliche Fehler handelt, muss versucht werden, diese Kosten auf die Verursacher zu verlagern. Wir sind gespannt, ob die aktuellen Untersuchungen ein komplett „unvorhersehbares Ereignis“ ergeben, wie Pressesprecherin Frau Wehnert das beschreibt und wie dieses dann aussieht. Hätte man dies nicht im Vorfeld prüfen können?
3. Hohe zu erwartende Investitionskosten bei der **Straubschen Grabkapelle**, deren Planung alleine schon 100.000 € verschlingt, lesen wir im Haushaltsentwurf. Bei diesem Thema sind wir völlig jungfräulich und wünschen uns ausführliche Informationen.

Ich denke, wir müssen diese drei letzten Fragen nicht in Form eines Antrages formulieren, denn so wie es sich anhört, kommen die zugehörigen Vorlagen noch dieses Jahr in den Gemeinderat. Sollte dies nicht der Fall sein, dann sehen wir die Fragen jeweils als Punkt für die Querliste.

Werfen wir noch einen Blick auf die Stadtbezirke. Zahlreiche Anträge liegen vor, von denen sich viele auf sicher berechnete Straßenbaumaßnahmen beziehen. Hierbei muss oft noch die Grundlagenermittlung erfolgen, um die notwendigen Haushaltsmittel festzustellen. Wir fürchten, dass sich dieser Prozess bei der knappen Personaldecke im Bauamt und auch dem hohen Sanierungsbedarf von Straßen in der Kernstadt noch länger hinziehen wird. Viele weitere Maßnahmen zielen auf die Verschönerung des Ortsbildes. Es ist sehr loblich, wie sich die Ortschaftsräte um das Aussehen ihres „Dorfes“ bemühen. Das sollte unterstützt werden, wo dies möglich ist, aber die Antworten der Verwaltung deuten auf einen zähen Prozess hin. Manche Wünsche sind auch schon für 2023 eingestellt, wie z.B. ein neuer Spielplatz in Eybach, was uns sehr freut. Das Engagement und die Kreativität der Ortschaftsräte sind super und gerne würden wir alles befürworten, aber wie schon oben beschrieben, wirtschaften wir in schwierigen Zeiten. Trotzdem, weiter so. Ein paar weitere Aspekte aus den Stadtbezirken wollen wir zumindest nicht unerwähnt lassen, auch wenn sich daraus keine Anträge ergeben. In der neuen Gemeinschaftsunterkunft auf der ehemaligen Radarstation zwischen Türkheim und Aufhausen sollen ca. 120 Personen untergebracht werden. Wie jüngst bekannt wurde, sind dies überwiegend Männer aus Afghanistan, Syrien u.a. Ländern. Dies wurde zwar schon mehrfach diskutiert und wir wissen, dass es komplett in der Verantwortung des Landkreises liegt, aber wir halten nach wie vor diese Belegung für unpassend in der ländliche Struktur.

Zur Entwicklung von Quartieren und zum Tausch von Flächen bei Neuausweisung von Wohnbebauung und Gewerbeflächen sollte eine intensivere, nachhaltige kommunale

Grund- und Boden-Politik betrieben werden. Insbesondere gilt dies in den Stadtbezirken, da in der Kernstadt sowie kaum neue Flächen ausgewiesen werden können.

Bei vielen im HH-Plan genannten und seit Jahren anstehenden Investitionsvorhaben werden lediglich Planungskosten eingestellt. Eine Realisierung rückt damit in immer weitere Ferne, z.B. die Kindergartenerweiterung und das Feuerwehrmagazin in Aufhausen. Natürlich braucht man entsprechendes Personal für die Planung und Umsetzung, aber durch die langjährigen Verschiebungen haben sich die Kosten für viele Vorhaben jetzt schon immens verteuert.

Eine Krise jagt die andere: Corona, Krieg und die dauerhaft über allem schwebenden Auswirkungen des Klimawandels, den wir mit allen Mitteln versuchen müssen, aufzuhalten. Dennoch möchte ich meinen Beitrag wiederum mit einem Lichtblick beenden: Da unser geliebtes Freibad erst nächstes Jahr wieder eröffnen wird, kam die Idee auf, diese Saison wenigstens das Planschbecken für die Kinder zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag ist bei allen auf offene Ohren gestoßen. Hierbei spielt der Freibadverein eine tragende Rolle, indem er einen großen Teil des Personaleinsatzes stemmen wird. Das nenne ich einmal ein vorbildliches Beispiel für bürgerliches Engagement und werde als Vereinsmitglied natürlich auch selber meinen Dienst leisten. Das zeigt mal wieder, dass man nicht nur fordern, sondern einfach mal die Ärmel hochkrempeln und anpacken sollte. Dieses Engagement spart der Stadt Geislingen ca. 40.000 € und ermöglicht unseren Geislinger Kindern ein wenig nassen Spaß im heißen Sommer. Johann Wolfgang von Goethe würde dazu sagen: ***Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.***

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Geislingen, den 15.02.2023

Dr. Stephan Schweizer für die Freien Wähler Geislingen e.V.